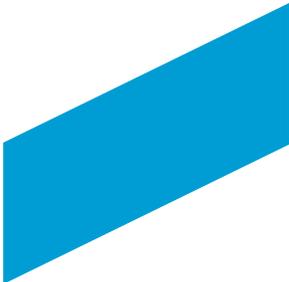




**WWU**  
MÜNSTER



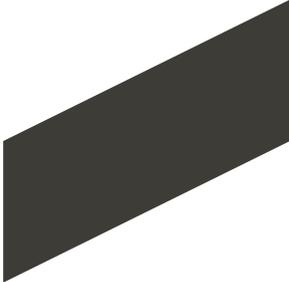
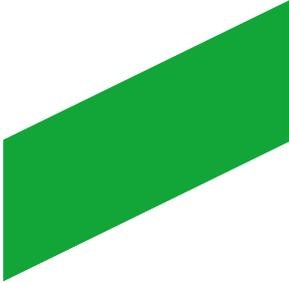
Friso Wielenga und Markus Wilp (Hrsg.)



**Unruhige Zeiten**

Jahrbuch des Zentrums

für Niederlande-Studien 2016/17



Kees van Paridon

## **„Erst wägen, dann wagen“. Über den Brexit und die wirtschaftlichen Folgen für die Niederlande und Deutschland**

Als am 24. Juni 2016 das Ergebnis des Brexit-Referendums bekannt wurde, ging ein Schock durch die Welt. Unerwartet hatte sich eine kleine Mehrheit für den Brexit entschieden, den Auszug Großbritanniens aus der Europäischen Union. Damit war ein riskantes Spiel David Camerons, das ihm im Inland nun endgültig freie Hand für seine Verhandlungen mit der Europäischen Kommission verschaffen und vor allem auch den Widerstand in seiner eigenen konservativen Partei im Zaum halten sollte, gründlich misslungen. Großbritannien und die EU würden sich nun trennen müssen.

Eigentlich hatte es sich nie um eine glückliche Ehe gehandelt. Das Verhältnis zwischen Großbritannien (GB) und der Europäischen Union (EU) ist immer schwierig gewesen – Vorbehalte gab es auf beiden Seiten. Zwar plädierte Winston Churchill 1947 in London und Anfang 1948 in Den Haag für ein Vereinigtes Europa, um so im (ideologischen) Kampf mit der Sowjetunion eine stärkere Position zu haben, aber man selbst hielt sich doch lieber abseits. Großbritannien entschied sich gegen eine Beteiligung an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), während sich Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Länder gerade dafür entschieden. Und die Briten saßen auch bei den Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) nicht mit am Verhandlungstisch. Als London anschließend doch Interesse an einem Beitritt zum europäischen Bündnis bekundete, stellten sich die Franzosen quer. Erst 1973, unter Premierminister Edward Heath, gelang dieser schließlich. Aber das darauf folgende Kabinett unter Ministerpräsident Harold Wilson wollte nahezu unverzüglich erneut über die Bedingungen verhandeln. Um ausreichende Unterstützung durch die Bevölkerung zu erhalten, wurde 1975 ein Referendum über die EG-Mitgliedschaft Großbritanniens organisiert. Der Plan gelang: Es sprach sich eine klare Mehrheit für die Mitgliedschaft aus.

Aber danach verbesserte sich die Situation kaum. Im Gegenteil: Premierministerin Margaret Thatcher (1979–1990) hatte nicht viel für die EWG/EU übrig.

Mit ihrer berühmten Handtasche bewaffnet machte sie immer wieder deutlich, dass Großbritannien der Europäischen Gemeinschaft kritisch gegenüberstand. London verlangte bezüglich des Beitrags zum EU-Haushalt eine Ausnahme, beteiligte sich weder am Schengen-Abkommen, noch an der Sozialpolitik, dem Euro oder der Grundrechtecharta. Ihre Nachfolger, John Major (1990–1997), Tony Blair (1997–2007) und David Cameron (2010–2016), waren etwas diplomatischer, aber auch sie wahrten Distanz. Lediglich für den Binnenmarkt konnte man sich noch einigermaßen erwärmen, aber dabei blieb es dann. Oftmals wurde Großbritannien von der Kommission und von anderen Mitgliedstaaten mit Blick auf die Europäische Integration als Bremse betrachtet. Kurzum: die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU war eine fortwährende Quelle des Ärgernisses.<sup>1</sup> Dies lähmte schließlich vor allem die *Conservative Party*. Cameron dachte, es sei schlau, zunächst der EU gegenüber mit einem Referendum zu drohen und anschließend, nachdem er eine Reihe von Verbesserungen erreicht hätte, mit diesem Referendum den EU-Widerstand definitiv zu brechen. Und dann verlor er das Referendum. Heißt es nicht im Sprichwort: „Wer anderen eine Grube gräbt...“?

Damit hatte sich Großbritannien für den Austritt aus der EU entschieden. Hierfür gibt es das sogenannte Verfahren nach Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union. Dieser regelt, dass ein Land seinen Austrittswillen offiziell ankündigt und dass dann innerhalb von zwei Jahren definitive Vereinbarungen getroffen werden müssen. Auf dieser Grundlage kann dann über die neuen Beziehungen zwischen dem ausgetretenen Land und der EU verhandelt werden. Premierministerin Theresa May, die direkt im Juni 2016 die Nachfolge Camerons antrat, entschied sich dabei für eine harte Linie. Charakteristisch für die britische Haltung ist das Streben danach, wieder die Kontrolle zu übernehmen („*Taking back control*“); das Streben nach dem Recht, selbst zu bestimmen, wer ins Land kommt (anstelle des freien Personenverkehrs, wie er in der EU gilt) und das Streben nach der Wiederherstellung nationaler Souveränität. Nicht der Europäische Gerichtshof (EuGH), sondern britische Gerichte sollten schließlich über Streitfälle entscheiden. Ende März 2017 wurde der offizielle Austrittsbrief in Brüssel zugestellt. Das hieß, dass ab jenem Zeitpunkt für die

---

<sup>1</sup> Eine Anti-EU-Haltung wurde von vielen britischen Medien stark propagiert, untermauert durch immer neue negative Berichte über Bürokratie, falsche Ausgaben und alberne Vorschriften.

Verhandlungen zwei Jahre zur Verfügung stehen, um konkrete Vereinbarungen zu treffen.

Ein altes Sprichwort lautet: „Erst wägen, dann wagen“ – denke zunächst (gründlich) über die Folgen nach, bevor du eine Entscheidung triffst. Dies gilt sicherlich für einen derart entscheidenden Entschluss wie den Brexit. Es hat sich im Jahr 2017 immer deutlicher gezeigt, dass man in Großbritannien nicht nach diesem Sprichwort gehandelt hat. Befürworter und Gegner des Brexits waren lange Zeit der Ansicht, dass das Referendum doch zu einer Ablehnung des Austritts führen werde. Man hatte nicht darüber nachgedacht, was man eigentlich wollte, und auch nicht darüber, wie die Folgen aussehen würden. Während die Regierung sich opportunistisch unmittelbar nach dem Referendum für einen harten Brexit entschied, scheinen sich manche nun ein wenig besonnen zu haben und auf einen weichen Brexit zuzusteuern. Zugleich ist die Möglichkeit, dass sich letztlich überhaupt nichts verändert, auch nicht undenkbar. Die Zukunft ist also – ganz passend zu dieser Insel – weiterhin in Nebel gehüllt. Noch weiß niemand, wie das Ergebnis der Verhandlungen 2019 aussehen wird. Diese Unsicherheit ist durch die im Dezember 2017 zu drei Punkten getroffenen Vereinbarungen nicht aufgehoben worden: Großbritannien wird für bereits eingegangene Verpflichtungen rund 45 Milliarden Euro an die EU zahlen, die Grenze zwischen Irland und Nordirland soll offen bleiben und die Interessen von EU-Bürgern in Großbritannien sowie von Bürgern Großbritanniens in der EU sollen ausreichend geschützt bleiben.

Welches sind nun die etwas langfristigeren ökonomischen Folgen dieser Entscheidung für die niederländische und die deutsche Wirtschaft? Der vorliegende Beitrag versucht, dies näher zu beleuchten, soweit dies angesichts aller Unwägbarkeiten möglich ist. Dabei gilt das Interesse besonders den Handelsbeziehungen beider Länder zu Großbritannien, den Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Entwicklungen und der Bedeutung des Brexits für den EU-Haushalt. Zur Sicherheit sei hier noch einmal angemerkt, dass der Nebel zurzeit (Anfang Februar 2018) noch so dicht ist, dass selbst die nächstgelegenen Objekte kaum sichtbar sind.

## **Die Konturen des Brexits**

Für die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und den übrigen EU-Mitgliedstaaten bedeutet die Entscheidung für einen Brexit, sei er hart

oder weich, eine Abnahme der Freiheit. Selbst beim weichsten Brexit ist es unvermeidlich, dass ein freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen negativ beeinflusst werden wird. Bei Waren und Dienstleistungen besteht die Aussicht auf eine wie auch immer geartete Form von Zöllen, noch wichtiger aber ist die Problematik divergenter Entwicklungen bei der Produktsicherheit und verschiedenen anderen Standards. Innerhalb des Binnenmarkts gibt es Vereinbarungen darüber, wie Güter und – in viel geringerem Maße – Dienstleistungen für die Zulassung auf dem jeweils anderen Markt qualifiziert werden können, wobei im Falle von eventuellen Konflikten der Europäische Gerichtshof eingeschaltet werden kann. Nach dem Brexit ist diese Lösung für den Handel mit Großbritannien weniger naheliegend, vor allem, wenn man die scharfe Ablehnung des EuGH durch die britische Seite berücksichtigt. Beim Kapital geht es vor allem für Banken und andere Finanzinstitutionen darum, Zugang zum Binnenmarkt zu behalten. Bisher ist London für diese Aktivitäten in der EU der wichtigste Standort, aber es besteht die Möglichkeit, dass der Zugang zum EU-Markt von London aus nach dem Brexit mehr oder weniger abgeschirmt werden wird. Eine Reihe von Banken haben mit Vorbereitungen begonnen, um in diesem Fall in der EU einen neuen Standort zu suchen: Frankfurt, Paris, Dublin oder womöglich auch Amsterdam. Zugleich besteht die Möglichkeit, dass sich aufgrund der geänderten Beziehungen auch der Wechselkurs des britischen Pfunds zum Euro verändern wird, und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach abwärts. Beim freien Personenverkehr hat Großbritannien klar gemacht, dass es von der gegenwärtigen Situation weg will, bei der viele Arbeitnehmer aus mittel- und osteuropäischen Ländern ungehinderten Zugang zum britischen Arbeitsmarkt haben.

Zwischen einem harten und einem weichen Brexit gibt es eine Skala von Zwischenvarianten. Es gibt verschiedene Optionen, wie das WTO-Modell, das Singapur-Modell, das Kanada-Modell, das Türkei-Modell, das Ukraine-Modell, das Schweiz-Modell und das Norwegen-Modell.<sup>2</sup> Abgestuft vom WTO-Modell zum Norwegen-Modell geht es hier um abnehmende Zölle, einen freieren Verkehr von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Personen, eine wichtigere Rolle für den Europäischen Gerichtshof, eine enge Anbindung an in der EU getroffene Vereinbarungen und einen höheren

---

<sup>2</sup> Eine gut verständliche Übersicht bietet: The Economist, *The six flavours of Brexit*, in: *The Economist* vom 22.07.2017.

Beitrag zum EU-Haushalt.<sup>3</sup> Bei allen Brexit-Modellen werden Rückwirkungen auftreten – bei einem harten Brexit schwerwiegende, mit beträchtlichen Folgen für die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen, bei einem weichen Brexit weniger schwerwiegende, aber doch auch negative.<sup>4</sup> Diese Auswirkung kann als der statische Effekt des Brexits bezeichnet werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass gewisse Formen von Handelshindernissen eingeführt werden, zu denen dann auch noch Eingriffe in den freien Verkehr von Kapital und Personen kommen. Dies führt kurzfristig zu einem Rückgang des Wachstums, aber im Laufe der Zeit, so die Annahme, stabilisiert sich die Lage, und die ökonomische Entwicklung kehrt wieder auf den alten Wachstumspfad zurück.

Es können jedoch auch dynamische Effekte auftreten, und das kann womöglich noch schwerwiegendere Folgen haben. Der Brexit sorgt zur Zeit für Verunsicherung. Niemand, auch kein Unternehmer, weiß, wie schnell die Verhandlungen verlaufen werden und zu welchen Ergebnissen sie führen werden. Geht alles glatt, dann besteht gegen Ende des Jahres 2018 Klarheit. Diese Klarheit kann jedoch auch erst später entstehen. So ist bereits jetzt die Rede von einer Übergangsperiode. Besonders für die Unternehmen, die den Zugang zum EU-Markt behalten wollen, wird ein harter Brexit implizieren, dass man eher einen Standort in einem der übrigen EU-Länder in Erwägung ziehen wird. Die eingehende Überlegung, ob man in Großbritannien bleibt oder (zum Teil) an einen Standort in der EU umzieht, kann man erst dann anstellen, wenn die Verhandlungen – erfolgreich oder nicht – abgeschlossen sind. Dies hat zur Folge, dass aufgrund dieser Unsicherheit gegenwärtig sowohl in Großbritannien als auch – in geringerem Maße – im Rest der EU weniger investiert wird. Weniger Investitionen bedeuten wiederum negative Konsequenzen für die Produktivitätsentwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit. In einer dynamischen Welt mit raschen technologischen Veränderungen und immer mehr Konkurrenten aus anderen Regionen wirkt sich dies negativ auf die ökonomische Entwicklung aus.

---

<sup>3</sup> Vgl. Adviesraad Internationale Vraagstukken, *Brexit means Brexit. Op weg naar een nieuwe relatie met het VK*, Den Haag 2017. In dieser Publikation werden diese Modelle genauer ausgearbeitet.

<sup>4</sup> Vgl. H.D. Smeets, *Die Brexit-Entscheidung und deren Folgen*, in: *List Forum* 43 (2017) 1, S. 37–58.

Abbildung 1 zeigt eine schematische Wiedergabe der möglichen Folgen des Brexits. Die hellgrüne gestrichelte Linie, die den langfristigen Effekt abbildet, zeigt die statische Bedeutung. Das Wirtschaftswachstum wird zeitweise gedrosselt, gerät aber im Laufe der Zeit wieder auf den alten Wachstumspfad. Beim dynamischen Ansatz sind die Folgen schwerwiegender – hier mit der roten Linie wiedergegeben. In diesem Fall muss nämlich aufgrund von Investitionseinbrüchen auch mit einem geringeren Wachstum gerechnet werden. Je härter der Brexit ausfällt, desto geringer wird sich sowohl für Großbritannien, als auch – in geringerem Maße – für die EU-Mitgliedstaaten erwartungsgemäß das langfristige Wachstum entwickeln.<sup>5</sup>

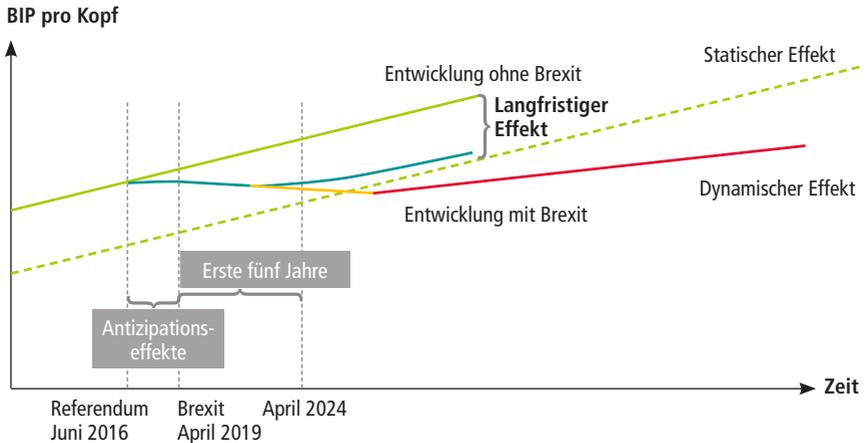
Ähnliche Effekte sind auch auf der Sektorebene zu erwarten. Ein gutes Beispiel ist eine Studie über die Folgen des Brexits für die pharmazeutische Industrie.<sup>6</sup> Dabei handelt es sich sowohl in der EU als auch weltweit um einen der am schnellsten wachsenden Sektoren. Es findet hochkarätige Forschung statt und für den Bereich *Research & Development* (R&D) wird viel Geld ausgegeben. Die Nachfrage nach Medikamenten steigt aufgrund der immer höheren Lebenserwartung, der zunehmenden Bedeutung des Gesundheitswesens sowie der gestiegenen Einkommen ständig. 2016 arbeiteten in der EU über 700.000 Menschen in dieser Branche, darunter viele gut ausgebildete Personen, und das Exportwachstum betrug in den vergangenen 15 Jahren 400 %. Großbritannien ist ein wichtiger Partner, rund 20 % der EU-Ausgaben für R&D werden dort getätigt, was womöglich damit zusammenhängt, dass die *European Medicines Agency* (EMA) in London ansässig ist. Mit dem Brexit wird die EMA umziehen<sup>7</sup>, was London ca. 1.000 Arbeitsplätze kosten wird. Schwerwiegender ist, dass die Möglichkeiten für R&D-Spezialisten aus anderen EU-Ländern, nach Großbritannien zum Arbeiten zu kommen – und umgekehrt –, durch die strengeren Einwanderungskontrollen, mehr Bürokratie und Zeitverluste eingeschränkt werden. Durch die umfangreichen Ausgaben für R&D und die ständigen Innovationen werden sich die Produkte in Großbritannien und der EU hinsichtlich ihrer Effektivität und ihrer Nebenwirkungen voraussichtlich rasch auseinan-

<sup>5</sup> Die (dunkelgrüne) Basislinie stammt aus: G. Felbermayr u.a. (2017), *Ökonomische Effekte eines Brexit auf die deutsche und europäische Wirtschaft*, München 2017, S. 65. Die rote Linie ist eine eigene Ergänzung.

<sup>6</sup> Vgl. J. Xui, *Pharmaceutical industry at risk from Brexit*, in: *Bruegel Blogpost* vom 31.05.2017.

<sup>7</sup> Im November 2017 wurde beschlossen, dass die EMA nach Amsterdam ziehen wird.

**Abbildung 1:**  
Folgen des Brexits für das Wachstum der britischen Wirtschaft  
mit statischen und dynamischen Effekten



Quelle: Felbermayr u.a. (2017); eigene Ergänzungen (dynamischer Effekt)

derentwickeln, was den Marktzugang in beide Richtungen behindern kann. Daneben gilt auch für diesen Sektor, dass die Möglichkeiten, von Skalenvorteilen zu profitieren, eingeschränkt werden.

In einem Sektor wie der Automobilbranche ist der internationale Charakter der Produktionskette ein signifikantes Element. Das heißt, dass in Land A produzierte Zubehörteile anschließend Bestandteil eines nächsten Produktionsschritts in Land B sind, an den sich möglicherweise wiederum ein nächster Produktionsabschnitt in Land A anschließt. Dieser Grenzübergang sorgt für komplexe Produktionsprozesse, vor allem, wenn das Phänomen mehrfach auftritt. Jede zusätzliche Gebühr, jeder Zeitverlust an den Grenzen, jedes zusätzliche bürokratische Hindernis wird höhere Kosten nach sich ziehen und damit die Entscheidung nahelegen, diese Produktionskette anders einzurichten – möglicherweise unter Ausschluss des Landes, in dem die Behinderungen zugenommen haben. Für solche komplexen Produktionsketten ist die Automobilproduktion ein Beispiel par Excellence, aber sie finden sich auch in vielen anderen Sektoren. Vor allem dort, wo das *just-in-time*-Management im Mittel-

punkt steht, wird die Realisierung des Brexits Folgen für die Richtung und den Umfang von Handelsströmen und für Direktinvestitionsmuster haben.<sup>8</sup>

Neben allgemeinen Aspekten gibt es auch sektorenspezifische Folgen. So verlieren Fischer aus der EU durch den Brexit den Zugang zu den attraktiven britischen Fischgründen. Dies wird für den niederländischen Fischereisektor negative Folgen haben. Aber – um noch ein anderes Beispiel zu nennen – der Brexit hat auch Einfluss auf die Landrechte für transatlantische Flüge. Auch hiermit ist eine beträchtliche Kostensteigerung verbunden. Kurzum, an vielen Orten und in vielen Sektoren werden die Folgen des Brexits deutlich spürbar sein.

Dass ausgerechnet Großbritannien einen solchen Schritt unternimmt, ist auch aus historischen Gründen bemerkenswert. Gerade dieses Land ist seit jeher ein ausgesprochener Befürworter des Freihandels. Vor allem im 19. Jahrhundert machte die starke ökonomische Entwicklung – auf der Grundlage der industriellen Revolution und gekoppelt an die Abschaffung verschiedener Handelshemmnisse – Großbritannien zu einem Beispiel für Freihandel par Excellence. Immer mehr Länder entschieden sich dafür, den gleichen Weg einzuschlagen. Mit der Pax Britannica entwickelten sich die grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen sehr positiv. Diese Konstellation trug zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur ersten großen Globalisierungswelle bei. Durch den Ersten und den Zweiten Weltkrieg sowie die Krise der dreißiger Jahre blieb hiervon wenig übrig. Ab 1945 bestimmten die Vereinigten Staaten mit der Pax Americana die Spielregeln der Weltwirtschaft. Erneut stand hier der Gedanke im Mittelpunkt, dass Freihandel sowie stabile internationale Beziehungen für Handel, Wechselkurs und Direktinvestitionen vorteilhaft für die wirtschaftliche Entwicklung seien.<sup>9</sup> Sehr viele Länder hatten diese Ausgangspunkte übernommen und profitierten auch von ihnen. Milanovic zeigte auf, dass sich das durchschnittliche reale Einkommenswachstum pro Kopf in der Zeit zwischen 1988 und 2008 auf 40 % belief.<sup>10</sup> In vielen Ländern, unter anderem China, fiel

---

<sup>8</sup> Siehe z.B. British Chambers of Commerce und Deutsche Industrie- und Handelskammer, *Joint UK-German call to put shared economic interests first in Brexit*, 28.08.2017, online unter <http://www.britishchambers.org.uk/press-office/press-releases/bcc-and-dihk-joint-uk-german-call-to-put-shared-economic-interests-first-in-brexite-negotiations.html>, eingesehen am 30.08.2017.

<sup>9</sup> Vgl. W. Plumpe, *Die Globalisierung – eine umkehrbare Geschichte?*, in: *Wirtschaftsdienst* 97 (2017) 5, S. 333–338.

<sup>10</sup> Vgl. B. Milanovic, *Global Inequality, A New Approach for the Age of Globalization*, Boston 2016.

dieses Wachstum mit 60% noch höher aus. Zugleich gab es jedoch auch Gruppen, mit denen es nicht oder kaum aufwärts ging. Das waren die Allerärmsten, besonders in Afrika, und diejenigen in den reicheren Ländern, die am unteren Ende der Einkommensskala standen, vergleichsweise schlechter ausgebildet waren und deren Stellung auf dem Arbeitsmarkt oftmals auch verletzlicher war. Dies hat sich in den letzten Jahren mit dem zunehmenden Aufkommen populistischer Parteien, die sich gegen Globalisierung, Freihandel und europäische Integration wenden, in mehreren europäischen Ländern vermehrt politisch niedergeschlagen. Zu denken ist hier auch an höhere Importzölle für chinesischen Stahl in der EU. Aber auch harte Äußerungen Präsident Trumps über mexikanische Immigranten, deutsche Autos und chinesischen Stahl gehen in diese Richtung, und auch der Brexit scheint sich in diese Reihe einzufügen. Er markiert eine Trendwende.

## **Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland<sup>11</sup>**

Die Handelsbeziehungen zwischen Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland sind uneingeschränkt als intensiv zu bezeichnen. Tabelle 1 zeigt die relativen Positionen dieser drei Länder in ihrem jeweiligen Warenaußenhandel. Aus britischer Perspektive ist Deutschland beim Import das wichtigste Land, beim Export das zweitwichtigste. Die Niederlande stehen beim Im- und beim Export an vierter bzw. dritter Stelle. Umgekehrt ist Großbritannien für beide Länder ein wichtiges Exportland – es steht jeweils an dritter Stelle, allerdings ist die Bedeutung des Imports in diesen Ländern geringer: Beim Import in die Niederlande steht Großbritannien an fünfter Stelle, beim Import nach Deutschland durchschnittlich an zehnter Stelle. Dies alles ging mit einem beträchtlichen Defizit in der Handelsbilanz einher. Der Gesamtexport aus Großbritannien betrug in der Zeit zwischen 2014 und 2016 464 Milliarden Dollar, der Gesamtimport lag bei 636 Milliarden.

---

<sup>11</sup> Ausführlicheres Material über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland beziehungsweise den Niederlanden findet sich in Felbermayr u.a. (2017) und in Centraal Bureau voor de Statistiek, *Verenigd Koninkrijk*, in: *Internationaliseringsmonitor 2017-I*, Den Haag 2017.

**Tabelle 1:**  
Relative Position Großbritanniens, Deutschlands und der Niederlande  
auf ihren jeweiligen Märkten, 2014-2016

		Import			Export		
		2014	2015	2016	2014	2015	2016
Aus der Perspektive Großbritanniens	Mit Deutschland	1	1	1	2	2	2
	Mit den Niederlanden	4	4	3	4	4	3
Aus der Perspektive Deutschlands	Mit Großbritannien	9	10	11	3	3	3
Aus der Perspektive der Niederlande	Mit Großbritannien	5	5	5	3	3	3

Quelle: *Office for National Statistics; Deutsche Bundesbank und Centraal Bureau voor de Statistiek*

Aus britischer Perspektive sind Deutschland (13% des gesamten Warenhandels<sup>12</sup>), die Vereinigten Staaten (11,3%), China (8,1%), die Niederlande (7,1%) und Frankreich (6,2%) die wichtigsten Handelspartner. Von diesen Ländern haben Deutschland, mit im Schnitt 48 Milliarden Dollar, China mit 36 Milliarden, die Niederlande mit 19 Milliarden und Frankreich mit 11 Milliarden einen kräftigen Überschuss. Von den fünf wichtigsten Handelspartnern haben nur die Vereinigten Staaten ein Defizit von im Schnitt neun Milliarden Dollar.

Betrachtet man die wichtigsten Produkte in diesem Handel, dann zeigt Tabelle 2, dass in Bezug auf Deutschland Autos und Maschinen bereits 45% der britischen Importe ausmachen.<sup>13</sup> Der britische Export nach Deutschland ist breiter gestreut, aber auch hier sind Autos und Maschinen die wichtigsten Produktgruppen. Auch Elektronik und Pharmazeutika gehören sowohl beim britischen Import aus Deutschland als auch dem britischen Export nach Deutschland zu den Top-Five. Für diese vier Produktgruppen gilt, dass die Handelsströme aus Deutschland nach Großbritannien (erheblich) größer sind, als die aus Großbritannien nach Deutschland.

<sup>12</sup> Bei dieser Zahl handelt es sich um den Durchschnitt des Im- und des Exports in den Jahren 2014, 2015 und 2016.

<sup>13</sup> Für die Tabellen 2 und 3 gilt, dass nicht zwischen Fertigerzeugnissen – für Verbraucher oder Investoren – und Halbfabrikaten unterschieden wird. In letzterem Fall handelt es sich um einen Teil in einer Produktionskette.

**Tabelle 2:**  
Warenhandel zwischen Großbritannien und Deutschland, 2016,  
aus britischer Perspektive

	Import in Großbritannien aus Deutschland			Export aus Großbritannien nach Deutschland		
	Produktgruppe	Wert (in Mrd. Dollar)	Anteil am Gesamtimport in GB (in %)	Produktgruppe	Wert (in Mrd. Dollar)	Anteil am Gesamtexport in GB (in %)
1	Autos	277,11	31,6	Maschinen usw.	60,12	13,6
2	Maschinen usw.	120,03	13,7	Autos	49,79	11,3
3	Pharmazeutika	66,93	7,6	Flugzeuge	48,08	10,9
4	Elektronik	60,08	6,9	Pharmazeutika	46,95	10,6
5	Kunststoffe	35,18	4,0	Elektronik	32,64	7,4

Quelle: *International Trade Centre*

**Tabelle 3:**  
Warenhandel zwischen Großbritannien und den Niederlanden, 2016,  
aus britischer Perspektive

	Import in Großbritannien aus den Niederlanden			Export aus Großbritannien in die Niederlande		
	Produktgruppe	Wert (in Mrd. Dollar)	Anteil am Gesamtimport in GB (in %)	Produktgruppe	Wert (in Mrd. Dollar)	Anteil am Gesamtexport in GB (in %)
1	Elektronik	62,57	13,4	Mineralische Brennstoffe	75,65	29,3
2	Maschinen usw.	58,63	12,5	Pharmazeutika	30,29	11,7
3	Pharmazeutika	56,37	12,0	Autos	23,70	9,2
4	Mineralische Brennstoffe	34,61	7,4	Maschinen usw.	22,06	8,5
5	Autos	25,05	5,3	Elektronik	12,90	5,0

Quelle: *International Trade Centre*

Verglichen mit Deutschland spielen beim Handel zwischen den Niederlanden und Großbritannien mineralische Brennstoffe eine wichtige Rolle. Dabei erzielt Großbritannien auch einen großen Überschuss. Die übrigen wichtigsten Produktgruppen decken sich mit den in Tabelle 2 im Hinblick auf Deutschland

aufgeführten, wobei Großbritannien mit einem negativen Saldo abschließt. Agrarprodukte nehmen hinsichtlich ihres Wertes nur Platz 9 ein, ihre Bedeutung ist damit jedoch wesentlich höher als im deutsch-britischen Kontext. Gerade für diesen Sektor sind die Folgen des Brexits einschneidend.<sup>14</sup>

Beim Dienstleistungshandel mit Deutschland und den Niederlanden erzielt Großbritannien einen positiven Zahlungsbilanzsaldo. Dies gilt auch für die Gesamtsumme. Zwischen 2012 und 2014 betrug der britische Export von Dienstleistungen durchschnittlich 336 Milliarden Dollar, die britischen Importe betragen 207 Milliarden Dollar. Der Wert des gesamten Dienstleistungshandels betrug ungefähr 50 % von dem des Warenhandels, ein relativ hoher Prozentsatz.<sup>15</sup> Der Dienstleistungshandel zwischen Großbritannien und Deutschland liegt bei rund 6,7 % der Gesamtsumme, der zwischen Großbritannien und den Niederlanden bei 4,5 %. Das sind erheblich niedrigere Prozentsätze als beim Warenhandel. Betrachtet man innerhalb des Dienstleistungshandels die Untergruppen<sup>16</sup>, dann entfällt mit 65 % der Löwenanteil auf die sonstigen kommerziellen Dienstleistungen. Bei Deutschland und den Niederlanden liegen diese Prozentsätze mit 74 % noch höher. In Bezug auf Reisen liegt dieser Prozentsatz bei 11,5 %, mit Blick auf das Transportwesen bei 11 %. Großes Interesse galt in der Vergangenheit dem Finanzsektor. Hier nimmt London seit jeher eine besondere Position ein.<sup>17</sup> Die Hälfte der größten Finanzinstitutionen der Welt hat ihr europäisches Hauptquartier in London. Mit dem Brexit verliert London seine so genannten „*Passporting Rights*“, das heißt, den Zugang zu den EU-Märkten. Dies hat zur Folge, dass für Unternehmen in der EU Kapital teurer werden wird. Dies kann zum Teil wieder kompensiert werden, wenn sich die

---

<sup>14</sup> Vgl. Redersvereniging voor de Zeevisserij, Visned und Nederlandse Vissersbond, *Betreft een duurzame en levensvatbare toekomst voor de Nederlandse visserij*, 01.06.2017 und LTO Nederland, *Inbrenng LTO Nederland t.b.v. Rondetafelgesprek Brexit*, 01.02.2017. Auch andere Bereiche, wie beispielsweise der Transportsektor befürchten schwerwiegende Folgen durch den Brexit.

<sup>15</sup> Zum Vergleich: Für die Niederlande liegt diese Relation bei rund 29 % für Deutschland bei 23,5 %. Großbritannien ist bei seinen internationalen Wirtschaftsbeziehungen insgesamt viel stärker auf Dienstleistungen ausgerichtet.

<sup>16</sup> Vgl. OECD, *OECD Statistics on international Trade in Services* (2016) 2. Hier wird zwischen Transport, Reisen, sonstigen kommerziellen Dienstleistungen (z.B. finanzieller Art) und öffentlichen Dienstleistungen unterschieden.

<sup>17</sup> In diesem Sektor arbeiten in Großbritannien mehr als eine Million Arbeitnehmer, der Mehrwert beträgt ungefähr 11 % des britischen Bruttosozialprodukts.

betreffenden Banken in der EU niederlassen. Paris, Frankfurt sowie – in geringerem Maße – Dublin und Amsterdam sind dabei, Banken dazu zu überreden, ihre Stadt als neuen Standort zu wählen. Es gibt einzelne Berichte, dass Banken bereits eine Entscheidung getroffen haben und dass dadurch Arbeitsplätze in London verloren gehen, aber auch für diesen Sektor gilt, dass man erst das Ergebnis der Brexit-Verhandlungen abwartet. Dass sich gerade auch dieser Sektor von Anfang an gegen den Brexit gewandt hat, zeigt, wie sehr man die Folgen fürchtet.

Bei den Direktinvestitionen ist es etwas schwieriger, ein Bild zu zeichnen. Es liegen kaum aktuelle, konsistente und breit gefächerte Daten vor.<sup>18</sup> Von Großbritannien aus betrachtet ist der Anteil der Niederlande sowohl beim Import als auch beim Export von Direktinvestitionen – auf der Grundlage der Stände am Jahresende – höher als der Deutschlands. Für die Periode 2010–2012 lag der Anteil der kumulierten Investitionen der Niederlande bei 15,5 % und der der britischen kumulierten Investitionen in den Niederlanden bei fast 13 %. Mit Blick auf Deutschland liegen diese Zahlen viel niedriger, nämlich bei 7 bzw. 2 %.<sup>19</sup> Aus niederländischer Perspektive betrachtet, zeigen sowohl die Zahlen der OECD als auch die der DNB, dass der Anteil des Exports von Investitionen bei rund 11 % und der des Imports von Investitionen bei rund 14 % liegt. Aus deutscher Perspektive liegen diese Prozentsätze bei 8 bzw. 11 %.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sowohl die Niederlande als auch Deutschland enge ökonomische Beziehungen zu Großbritannien haben. Vor allem beim Warenhandel nehmen beide Länder im britischen Außenhandel eine herausragende Position ein. In Bezug auf die Dienstleistungen ist die Bedeutung

---

<sup>18</sup> Es gibt für sowohl für Deutschland als auch für die Niederlande gute Daten, die sich bei der Deutschen Bank beziehungsweise bei der *Nederlandsche Bank* finden. Vgl. Deutsche Bundesbank, *Foreign direct investment stock statistics*, Frankfurt 2017 und für die Niederlande die Website <https://www.dnb.nl/statistiek/statistieken-dnb/betalingsbalans-en-extern-vermogen/index.jsp>. Für Großbritannien sind vergleichbare Daten nicht zu finden. Zwar bietet die OECD Daten auch zu Großbritannien, aber die aktuellsten Zahlen sind 2014 publiziert worden und decken nur den Zeitraum bis zum Jahr 2012 ab. Vgl. [http://www.oecd-ilibrary.org/finance-and-investment/oecd-international-direct-investment-statistics-2014\\_idis-2014-en;jsessionid=3edj8fcq8ngph.x-oecd-live-03](http://www.oecd-ilibrary.org/finance-and-investment/oecd-international-direct-investment-statistics-2014_idis-2014-en;jsessionid=3edj8fcq8ngph.x-oecd-live-03).

<sup>19</sup> Zur Relativierung: Diese Ströme hängen stark von verschiedenen juristischen Konstruktionen ab, die wiederum von verschiedenen steuertechnischen Gegebenheiten beeinflusst werden. Dies erklärt, warum beispielsweise Luxemburg beim Export von Investitionen bedeutend besser abschneidet als die Niederlande.

etwas geringer. Auch für den niederländischen Handel ist Großbritannien wichtig, während die Bedeutung Großbritanniens für den deutschen Handel begrenzter ist. In Bezug auf die Direktinvestitionen fällt auf, dass die Niederlande höhere Anteile aufweisen als Deutschland.<sup>20</sup> Die Durchführung des Brexits, ob hart oder weich, wird Folgen für die wechselseitigen Handelsbeziehungen und damit auch für die Wachstumsperspektiven der beteiligten Länder haben.

## Folgen des Brexits für die britische, niederländische und die deutsche Wirtschaft

Bereits vor dem Brexit-Referendum vom Juni 2016 gab es Prognosen, welche ökonomischen Folgen die Entscheidung für einen Brexit für Großbritannien haben würde.<sup>21</sup> Johnson und Michel skizzierten den Beitrag von Wirtschaftswissenschaftlern zu der dem Referendum vorausgehenden Debatte.<sup>22</sup> Der überwiegende Teil der Wirtschaftswissenschaftler sah einen wirtschaftlichen Rückgang voraus.<sup>23</sup> In Bezug auf die statischen Effekte (siehe Abschnitt 2) landeten die Modelle auf -1 bis -2% gegenüber der antizipierten normalen Entwicklung. Hinsichtlich der dynamischen Effekte waren die Folgen schwerwiegender, vorhergesehen wurden bis zu -8% gegenüber dem erwarteten Wachstumspfad. Das *Centraal Planbureau* (CPB) hat 2016 eine Übersicht über eine Reihe dieser Studien veröffentlicht.<sup>24</sup> Es gibt beträchtliche Unterschiede – auch wegen der Unsicherheit im Hinblick auf das abschließende Ergebnis der Brexit-Verhandlungen und die darauf folgende Wirtschaftspolitik – aber der Grundton ist

---

<sup>20</sup> Eine mögliche Erklärung hierfür kann die Existenz zweier großer britisch-niederländischer Unternehmen sein: Shell und Unilever.

<sup>21</sup> Eine der ersten Untersuchungen hierzu stammt von G. Ottaviano u.a., *The costs and benefits of leaving the EU*, 13.05.2014, online unter [http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/pa016\\_tech.pdf](http://cep.lse.ac.uk/pubs/download/pa016_tech.pdf), eingesehen am 30.08.2017. Ihre Ergebnisse weichen nicht stark von späteren Untersuchungen ab.

<sup>22</sup> Vgl. P. Johnson/I. Mitchell, *The Brexit vote, economics, and economic policy*, in: *Oxford Review of Economic Policy* 33 (2017) S1, S. 12–21.

<sup>23</sup> Dies galt auch für die Modellergebnisse von HM Treasury, NIESR, CEP und OECD. Vgl. Johnson/Mitchell (2017), S. 14.

<sup>24</sup> Vgl. J.C. Bollen/G.W. Meijerink/H.A. Rojas-Romagosa, *Nederlandse kosten Brexit door minder handel*, Den Haag 2016.

gleich: Die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens wird durch den Austritt aus der EU negativ beeinflusst werden.

Dieser auf breiter Linie vertretenen Haltung stand die Meinung einer kleinen Gruppe von „Brexiters“ gegenüber, die im Gegensatz hierzu zu einem positiven Ergebnis gelangten. Lyons und Minford behaupteten, ihre Modellberechnungen zeigten für den Fall des Brexits ein zusätzliches Wachstum von 4%.<sup>25</sup> Ausgegangen wurde dabei von der Situation, dass Großbritannien sich einseitig und vollständig für einen völlig freien internationalen Handel entscheiden werde. Alle Tarife und andere Handelshemmnisse würden aufgehoben. Dadurch erhalte der britische Konsument Zugang zu preiswerteren Produkten aus dem Ausland, und britische Unternehmen würden gezwungen, ihre Wettbewerbsposition durch eine Produktivitätssteigerung zu stärken. Dies werde dann – möglicherweise auf Kosten weniger produktiver Sektoren in der Landwirtschaft und der Industrie – zu einem zusätzlichen Impuls für die Dienstleistungssektoren führen. Man müsse sich kurz durchbeißen, aber anschließend gebe es ein „glorious UK“<sup>26</sup>. Nicolaides und Roy unterzogen vier Argumente der Brexiteers einer genaueren Untersuchung.<sup>27</sup> Die Bedeutung der EU für den britischen Außenhandel betrage etwa 50% – aber dabei werde vergessen, dass Handelsbeziehungen zu nicht-EU-Ländern gegenwärtig auf EU-Richtlinien basieren und dies auch in Zukunft tun werden. Selbst wenn man sich für den harten Brexit entscheide, so das zweite Argument, seien die Folgen begrenzt. Das verkenne den Einfluss von Tarifen und verschiedenen nicht-tarifären Vereinbarungen, aber auch, dass sich der interkontinentale Handel per Schiff vor allem über Rotterdam und Antwerpen abspiele, wodurch die EU-Grenzen (beispielsweise für den Handel mit China) doch wichtig seien. Wenn die Brexit-Verhandlungen dann einmal abgeschlossen seien, könne Großbritannien natürlich versuchen, bilaterale Handelsverträge zu schließen, aber diese Verhandlungen seien kompliziert und langwierig, und eine zusätzliche Komplikation bestehe dabei darin, dass immer mehr nicht-EU-Staaten ihren Außenhandel auf der Basis von EU-Normen abwickelten. Und auch das vierte

---

<sup>25</sup> Vgl. Economists for Brexit, *The economy after Brexit*, 28.04.2016, online unter [https://issuu.com/efbkl/docs/economists\\_for\\_brexit\\_v2](https://issuu.com/efbkl/docs/economists_for_brexit_v2), eingesehen am 30.08.2017.

<sup>26</sup> Vgl. hierzu auch: The Economist, *Message from Minfordland. Most economists say Brexit will hurt the economy – but one disagrees*, in: *The Economist* vom 28.08.2017.

<sup>27</sup> Vgl. Ph.A. Nicolaides/Th. Roy, *Brexit and trade: between facts and irrelevance*, in: *Inter-economics* 52 (2017) 2, S. 100–106.

Argument, dass es außerhalb der EU mehr Freihandel und weniger Protektionismus gebe, wird von Nicolaides und Roy als irrelevant abgetan. Die EU sei schließlich die größte Freihandelszone der Welt.

Die ersten Erfahrungen nach dem Referendum im Juni 2016 schienen den Optimisten Recht zu geben.<sup>28</sup> Das Wachstum nahm leicht zu, die Arbeitslosigkeit sank weiterhin und im internationalen Handel waren keine dramatischen Entwicklungen zu spüren. Im Laufe des Jahres 2017 ist der Ton hier aber zurückhaltender geworden.<sup>29</sup> Das Wachstum der britischen Wirtschaft lag 2017 bedeutend niedriger als das der EU<sup>30</sup> und die Inflation hat sich im Sommer 2017 deutlich beschleunigt, was vor allem durch den viel niedrigeren Wechselkurs des britischen Pfundes (siehe Abb. 2) verursacht wird. Im Vergleich zum Wert im Juni 2016 ist der Kurs um fast 15 % gesunken. Das ist eine vorteilhafte Entwicklung für exportierende Unternehmen – ihre Produkte werden viel billiger –, aber sie wirkt sich gerade für Konsumenten, und Unternehmen, die im Ausland Produkte kaufen möchten, ungünstig aus, weil sie nun mehr für diese Produkte bezahlen müssen. Diese zunehmende Inflation führt gemeinsam mit der stagnierenden Lohnentwicklung dazu, dass sich die reale Einkommenssituation vieler Briten verschlechtert hat. Auch für 2018 und 2019 sind die Prognosen zurückhaltend. In ihrem letzten *Economic Survey* für Großbritannien (November 2017) sieht die OECD voraus, dass die Wachstumsperspektiven für 2018 und 2019 weiter zurückgehen.<sup>31</sup>

Der kräftige Kurssturz des britischen Pfunds ist natürlich auch für den Handel zwischen Großbritannien und Deutschland beziehungsweise den Niederlanden bedeutsam.<sup>32</sup> Dadurch sind britische Produkte im Ausland billiger und deutsche und niederländische Produkte auf dem britischen Markt wiederum gerade

---

<sup>28</sup> Vgl. U. Batsaikhan/J. Feliu, *UK economic performance post-Brexit*, in: *Bruegel Blogpost* vom 15.05.2017.

<sup>29</sup> Vgl. *The Economist*, *Postponed, not avoided. The Brexit slowdown is under way*, in: *The Economist* vom 31.05.2017.

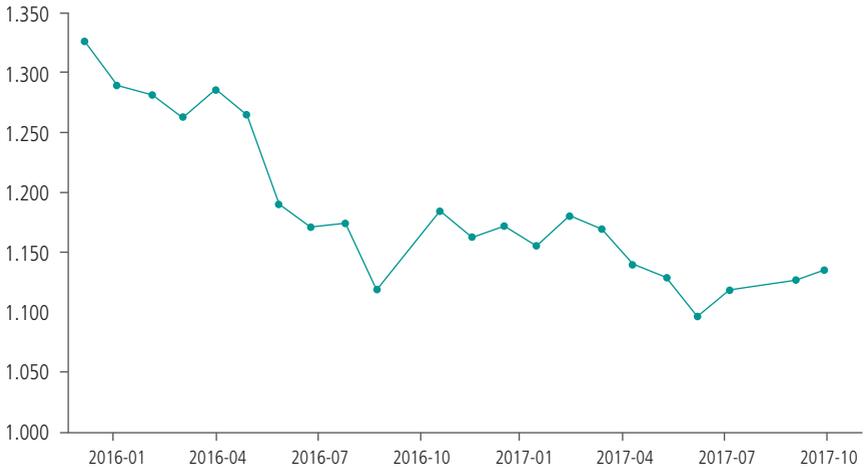
<sup>30</sup> Vgl. *The Guardian*, *Eurozone grows twice as fast as UK after GDP rises by 0.6% - as it happened*, in: *The Guardian* vom 01.08.2017.

<sup>31</sup> Vgl. OECD, *Economic Survey United Kingdom 2017*, Paris 2017.

<sup>32</sup> Auch Irland, Belgien und Dänemark gehören aufgrund ihres beträchtlichen Handels mit Großbritannien zu den Ländern, die vom Brexit besonders stark betroffen sein werden. Das gilt auch für Länder wie Polen, die baltischen Staaten und andere mittel- und osteuropäische Länder, die die Folgen der Einschränkung der Einreisefreiheit nach Großbritannien für ihre Bürger zu spüren bekommen werden.

**Abbildung 2:**

Der Kurs des britischen Pfunds in Relation zum Euro, Januar 2016 bis Dezember 2017



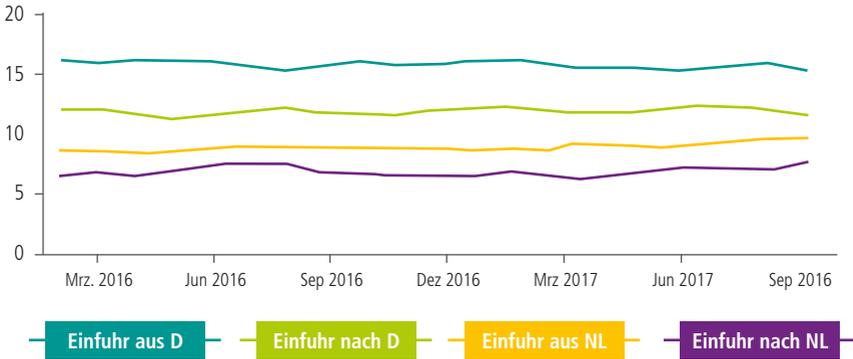
Quelle: EZB; eigene Darstellung

teurer geworden. Schlägt sich dieser Einfluss bereits in den Handelszahlen nieder? Abbildung 3 zeigt die Entwicklung des Handels zwischen Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland aus britischer Perspektive. Es liegen leichte Fluktuationen vor, aber es ist noch keine deutliche Veränderung sichtbar.

Diese Stabilität kann natürlich mit der Möglichkeit zusammenhängen, dass das britische Pfund in Relation zu allen wichtigen Währungen abgewertet worden ist. Dann besteht die Möglichkeit, dass Im- und Export zwar zurückgegangen sind, dass aber der relative Anteil mehr oder weniger gleich geblieben ist. Abbildung 4 gibt die gleichen Handelsbeziehungen wieder, jedoch aus deutscher und niederländischer Perspektive. Während der Anteil Großbritanniens am deutschen und niederländischen Import mehr oder weniger stabil geblieben ist, fällt auf, dass bei den Exporten nach Großbritannien beim Anteil aus Deutschland und den Niederlanden ein deutlicher Rückgang von gut einem Prozent zu verzeichnen ist. Ob dies (ausschließlich)

**Abbildung 3:**

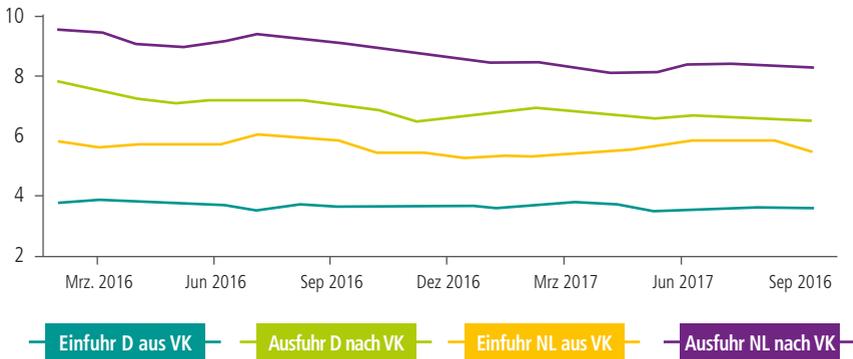
Entwicklung des Außenhandels zwischen Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland aus britischer Perspektive, März 2016 bis November 2017, Dreimonatsdurchschnittswerte



Quelle: UK Office of National Statistics; eigene Darstellung

**Abbildung 4:**

Entwicklung des Außenhandels zwischen Großbritannien, den Niederlanden und Deutschland aus deutscher und niederländischer Perspektive, März 2016 bis Oktober 2017, Dreimonatsdurchschnittswerte



Quelle: DESTASTIS und CBS; eigene Darstellung

auf das Sinken des Wechselkurses des britischen Pfundes zurückzuführen ist, lässt sich nicht sagen.<sup>33</sup>

In den bisherigen Betrachtungen galt das Interesse den möglichen Folgen des Brexit-Referendums bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Abgesehen von dem kräftigen Kursrückgang des britischen Pfundes waren die Folgen für den Handel noch relativ begrenzt. Aber was wird längerfristig geschehen, welche Auswirkungen des Brexits auf das Wirtschaftswachstum Deutschlands und der Niederlande sind zu erwarten? In einer kürzlich veröffentlichten IFO-Studie von Felbermayr und Kollegen (2017) wird der Schluss gezogen, dass das Wachstum der deutschen Wirtschaft voraussichtlich nur in begrenztem Maße tangiert werden wird.<sup>34</sup> Bei einem weichen Brexit werde das Wachstum um 0,1 % niedriger liegen als es sonst der Fall gewesen wäre, bei einem harten Brexit werde der Rückgang 0,25 % betragen.<sup>35</sup> Das sind keine dramatischen Unterschiede. Für die Niederlande liegen die Einbußen etwas höher: 1,2% bei einem weichen und 2,0% bei einem harten Brexit<sup>36</sup>. Dabei ist auch von Bedeutung, dass die letztlichen Folgen für die britische Wirtschaft nicht klar sind. Es ist ein ziemlich großer Unterschied, ob die Wachstumsquoten um 2 % oder um 8 % sinken. Im letztgenannten Fall wären auch andere Volkswirtschaften – darunter die deutsche und die niederländische – stärker betroffen.

Aber alle diese Ergebnisse beruhen wie gesagt auf Vermutungen darüber, zu welchem Ergebnis die Brexit-Verhandlungen letztlich führen könnten. Diesbezüglich gibt es aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinerlei Sicherheit, nicht einmal in Bezug auf die Frage, ob diese Verhandlungen rechtzeitig abgeschlossen werden können.

## Rückbesinnung

Das unerwartete Ergebnis des Brexit-Referendums hat erhebliche Schockwellen ausgelöst, deren Auswirkungen noch lange spürbar sein werden. Dies gilt in erster Linie für die Briten selbst, die einerseits womöglich erleichtert darü-

---

<sup>33</sup> Vgl. auch CBS, *Daling export naar het Verenigd Koninkrijk*, Den Haag 2017.

<sup>34</sup> Vgl. Felbermayr u.a. (2017).

<sup>35</sup> Auch Matthes, Busch und Kolev erwarten keine dramatischen Auswirkungen des Brexits auf Deutschland. Vgl. J. Matthes/B. Busch/G. Kolev, *Auswirkungen des Brexits auf das UK und auf Deutschland*, in: *List Forum* 43 (2017) 1, S. 13–36.

<sup>36</sup> Vgl. Bollen/Meijerink/Rojas-Romagosa (2016), S. 9.

ber waren, dass sie „endlich“ die Europäische Union verlassen konnten und so wieder die Aussicht auf mehr Wirtschaftswachstum und mehr Unabhängigkeit erhielten, denen aber andererseits zunehmend klar wird, welche (negativen) Folgen dieser Schritt haben kann. Wie negativ diese Folgen ausfallen werden, hängt stark vom Ergebnis der nun aufzunehmenden Verhandlungen über neue Handelsabkommen ab. Die Abkommen vom Dezember 2017 über den finanziellen Beitrag Großbritanniens, die Grenze zwischen Irland und Nordirland sowie den Status von EU-Bürgern in Großbritannien und umgekehrt sind ein erster Beginn, aber die wirklich harten Nüsse müssen jetzt erst geknackt werden. Es wird auf beiden Seiten viel diplomatisches Geschick notwendig sein, um ein Ergebnis zu erzielen, bei dem die negativen Folgen auf ein Minimum begrenzt werden. Dabei fällt auf, dass die Gegensätze innerhalb des May-Kabinetts Anfang 2018 noch immer nicht überbrückt worden sind. Auch dies behindert den Prozess erheblich.

Im vorliegenden Beitrag sind die wirtschaftlichen Folgen des Brexits für die Niederlande und Deutschland ausgelotet worden. Es ist deutlich, dass beide Länder vom Brexit betroffen sein werden. In welchem Umfang dies der Fall ist und welche Wirtschaftszweige davon mehr oder weniger hart getroffen werden, hängt von den Verhandlungen über die neuen Handelsbeziehungen ab. Die makroökonomischen Folgen werden voraussichtlich leicht bis stark negativ sein. Einem Rückgang oder geringerem Wachstum des Handels mit Großbritannien steht die Möglichkeit gegenüber, dass Unternehmen ihre Produktion in eines der 27 EU-Länder verlagern werden. Sowohl die Niederlande als auch Deutschland halten dabei starke Trümpfe in der Hand: zentrale Lage, gute Infrastruktur, Vertrautheit mit der englischen Sprache, wettbewerbsfähige Lohnkosten, gut ausgebildete Berufsbevölkerung, herausragende Bildungseinrichtungen und großartige Netzwerke. Über mögliche Standortwechsel werden britische und ausländische Unternehmen, die gegenwärtig in Großbritannien ansässig sind, entscheiden, sobald sie die Folgen des Brexits besser einschätzen können.<sup>37</sup>

---

<sup>37</sup> Illustrativ für die möglichen Auswirkungen des Brexits sind die Pläne von Frankfurter Banken, einen Teil ihres Personals von London nach Frankfurt zu holen. Dabei ginge es um 4.000 Arbeitsplätze. Hierfür wird bereits jetzt Wohnraum reserviert, aber auch Plätze für Schüler an Grund- und weiterführenden Schulen. Vgl FAZ, *Brexit-Banken buchen Frankfurts Schulplätze*, in: FAZ vom 09.01.2018.

Auch die Europäische Union ist von der Brexit-Schockwelle getroffen. Vorläufig hat die Ankündigung des Brexits zu einer bemerkenswerten Einmütigkeit der übrig gebliebenen 27 EU-Mitgliedstaaten geführt. Dank dieser Einmütigkeit konnte der EU-Unterhändler Michel Barnier mit einer klaren Agenda in die Verhandlungen gehen. Es ist jedoch die Frage, ob dies so bleibt. Nord-, süd- und osteuropäische Länder haben nun einmal bezüglich des Waren- und Dienstleistungshandels, des reibungslosen Kapitalverkehrs und nicht zuletzt des freien Personenverkehrs unterschiedliche Interessen. Je nach dem Ergebnis der Verhandlungen kann es sein, dass einige Länder über kurz oder lang doch stärker ihre eigene Position betonen werden.

Die Aussicht auf Divergenzen kann auch aufgrund des Einflusses des Brexits auf die Haushaltslage der Europäischen Union größer werden. Der gegenwärtige Haushaltsplan gilt für die Periode 2014 bis 2020. Hierzu hat sich auch Großbritannien verpflichtet, aber mit der Ankündigung des Brexits ist gerade in Bezug auf diese Verpflichtung Unsicherheit entstanden. Viele Briten, besonders die Brexiteers, gingen davon aus, dass die britischen Zahlungen sofort nach Inkrafttreten des Brexits – möglicherweise am 1. April 2019 – eingestellt werden könnten. Die Europäische Union hat deutlich gemacht, dass sie die Briten an die getroffenen Absprachen gebunden sieht. Perspektivisch entsteht jedoch ein Defizit im EU-Haushalt. Dieses Defizit könnte auf zweierlei Weise abgebaut werden: Die Beitragszahlungen der übrigen 27 EU-Mitgliedstaaten könnten erhöht werden oder es werden Ausgaben eingespart. Die Auswirkungen auf die Mitgliedstaaten wären unterschiedlich. Grob gesagt sitzen die Nettozahler der EU eher in Nordeuropa und die Nehmerländer in Süd- und Osteuropa. Die jüngsten, von EU-Kommissar Günther Oettinger im Januar 2018 präsentierten Vorschläge aus der Europäischen Kommission deuten auf eine Kompromisslinie hin: Zum Teil Einsparungen bei den Ausgaben, zum Teil eine Erhöhung des Budgets.

Der Titel des vorliegenden Beitrags lautete: „Erst wägen, dann wagen...“. Diesem Leitspruch sind die Engländer ganz und gar nicht gerecht geworden. Nahezu blind haben sie beschlossen, aus der Europäischen Union auszutreten. Es wäre zu hoffen, dass im Zuge der Verhandlungen Annäherungen folgen, die womöglich sogar in einen Stopp des gesamten Brexit-Prozesses münden. Das wäre für alle Beteiligten – Großbritannien, die einzelnen EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Union – die beste Lösung. Die Chancen hierfür sind aber vorläufig gering. Das heißt, dass mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU

und allen seinen negativen Folgen zu rechnen ist. Großbritannien, die Niederlande und Deutschland werden betroffen sein, wobei Großbritannien die härtesten Schläge wird einstecken müssen.